

WEITERDENKEN

Martin Florack

Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Alltagsleben und Politikerwartungen in Nordrhein-Westfalen

Was kennzeichnet das Lebensgefühl von Menschen in NRW und welche Erwartungen an die Politik ergeben sich hieraus? Diese Kernfragen stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung. Drei konkrete Fragenkomplexe wurden im Sinne einer weitergehenden Operationalisierung identifiziert:

1. Welche Zukunftssorgen treiben die Menschen im Land um?
2. Welche Erwartungen bestehen an handelnde Politiker_innen?
3. Welche inhaltlichen Erwartungen an die als zentral wahrgenommenen Politikfelder werden artikuliert?

Um tiefergehenden Vorstellungen zu diesen drei Themenkomplexen auf den Grund zu gehen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine qualitative Untersuchung in Auftrag gegeben. Das Herzstück der Studie bilden sechs im Dezember 2019 durchgeführte Gruppendiskussionen. Diese Fokusgruppengespräche (vgl. Barbour 2007; Froschauer und Lueger 2020; Schulz et al. 2012; Krueger und Casey 2009) mit insgesamt 48 Teilnehmenden wurden von pmg – policy matters, Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH, in drei Städten des Landes – Essen, Köln und Münster – durchgeführt.

Ziel dieser Gruppendiskussionen war es nicht, repräsentative Einstellungsmuster in der nordrhein-westfälischen Gesamtbevölkerung zu erheben. Vielmehr ging es darum, tieferliegende Vorstellungen und Deutungsmuster der Teilnehmenden zu den oben genannten Themenbereichen zu erfassen, diese in Kleingruppen zu diskutieren und sie anschließend einer qualitativen Auswertung zu unterziehen (vgl. Flick 2014). Aus diesem Grund konzentrierte sich das Untersuchungsdesign auf einen vorab definierten Teilnehmer_innenkreis: Im Blickfeld standen Bürger_innen mittlerer Alterskohorten, die dem sozialdemokratischen Milieu nahestehen mit unterschiedlichen Bildungs- und Berufsqualifikationen aus verschiedenen Regionen Nordrhein-Westfalens. Alle waren zum Untersuchungszeitpunkt berufstätig, sehr viele von ihnen haben Kinder.



Dr. Martin Florack, geb. 1977, ist seit 2006 Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft / NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Regierungsforschung, Landespolitik, das Zusammenspiel von Formalität und Informalität sowie der neueren Institutionentheorie. Von 2010 bis 2016 war er zudem Prodekan für Studium und Lehre der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Uni Duisburg-Essen.

Die aus den Fokusgruppengesprächen gewonnenen Einsichten liefern wichtige Erkenntnisse für die politische Bildungsarbeit und werfen Schlaglichter auf zentrale politische Herausforderungen auch für die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen:

Tabelle 1: **Personelle Zusammensetzung Fokusgruppen**
Sechs Gesprächsrunden (Essen, Köln und Münster)

| | |
|---------------------------|-----------|
| Anzahl | 48 |
| Geschlecht | |
| Männlich | 24 |
| Weiblich | 24 |
| Alter | |
| 18 – 29 Jahre | 0 |
| 30 – 49 Jahre | 43 |
| 50 – 64 Jahre | 5 |
| 65 Jahre + | 0 |
| Bildung | |
| Volks-/Hauptschule | 3 |
| Mittlere Reife | 18 |
| Abitur/Fachhochschulreife | 15 |
| Abgeschlossenes Studium | 12 |

Erstens wird ein weit verbreitetes, diffuses Unsicherheitsgefühl deutlich. Dieses korrespondiert mit einem zugleich klar ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis in allen Lebens- und Politikbereichen. Schnelle Veränderungen in vielen Lebensbereichen und Zukunftssorgen wie fehlende Sicherheit im Sozialen (genannt werden Renten, Altersarmut und Mieten), weniger sozialer Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit, Klimawandel, Entwicklungen in der Weltpolitik und steigende Kriminalität werden von vielen als latente Bedrohung wahrgenommen.

Zweitens entspricht die Einschätzung der konkreten persönlichen Lebenssituation nicht notwendig der Bewertung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen. So erscheinen private und berufliche Herausforderungen vielen als noch weitgehend beherrschbar. Dennoch sehen sie der allgemeinen

gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung mit großen Sorgen entgegen.

Drittens pendeln die Erwartungen der Fokusgruppenteilnehmenden an die Politik zwischen Allmachtsphantasien und Ohnmachtserwartungen. Dem Bedürfnis nach deutlicherer Profilierung, visionären Zielen und durchsetzungsstarken politischen Akteur_innen steht die Einschätzung begrenzter Handlungsmöglichkeiten, undurchdringlicher Komplexität und defizitärer Politikgestaltung gegenüber.

Viertens dominiert die Einschätzung, dass politische Prioritäten bislang falsch gesetzt wurden. Insbesondere in der Bildungs-, Infrastruktur-, Arbeitsmarkt- und Klimaschutzpolitik sehen die Teilnehmenden eklatante Versäumnisse. Hinsichtlich der konkret notwendigen Akzentsetzungen wiederum gehen die Einschätzungen auseinander. Geteilte Zielvorstellungen korrespondieren mit divergierenden Positionen zu notwendigen Maßnahmen.

Fünftens schließlich wird soziale Gerechtigkeit vor allem unter den Gesichtspunkten von Fairness und sozialer Sicherheit wahrgenommen. Weiterhin vorhandene Solidarität und Gemeinsinn im Kleinen – im Freundeskreis und in der Familie – sollen auch politisch wieder wirksamer werden. Zugleich wird die Notwendigkeit verbindlicher Regeln und ihrer Einhaltung besonders betont: Solidarität beruht auf Reziprozität.

Zukunftsvorstellungen: Diffuse Unsicherheit, radikale Beschleunigung und Sorge um den persönlichen Lebensstandard

Mit Blick auf vorhandene Zukunftserwartungen tritt ein verbreitetes, diffuses Unsicherheitsgefühl zutage. Insbesondere dominiert die Wahrnehmung einer radikalen Beschleunigung in allen Lebensbereichen, die vielfältige Überforderungen hervorruft. Die damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungen gehen nach Einschätzung vieler tendenziell in eine falsche Richtung, es gibt wenige Veränderungen zum Besseren. Diese generellen Sorgen beziehen sich auf unterschiedliche Politikbereiche. Die Angst vor fehlender sozialer Sicherheit erstreckt sich auf geringe Rentenerwartungen, steigende Mieten und Wohnkosten, zunehmende Altersarmut und eine insgesamt zunehmende ‚Verrohung‘ der Gesellschaft. Hinzu kommen große Sorgen vor dem voranschreitenden Klimawandel, der von vielen auch als alltagsprägendes Thema benannt wird. Deutliche Unsicherheiten werden aber auch hinsichtlich der weltpolitischen Lage artikuliert. Die Beunruhigung durch konkrete globale Konflikte spielt hier ebenso eine Rolle wie die Sorge vor einem Erstarken des Populismus im In- und Ausland. Verbreitet ist zudem eine besondere Besorgnis um die Zukunft der Kinder. Diese bezieht sich sowohl auf die konkrete berufliche und private Situation als auch auf die gesellschaftlichen Lebensumstände. Der Glaube, dass es den eigenen Kindern einmal besser gehen werde, ist kaum noch ausgeprägt.

Es werden aber auch deutliche Ambivalenzen sichtbar: Denn stark ausgeprägter Unsicherheit stehen rationalere Einschätzungen gegenüber, man mache sich diese Zukunftssorgen auf einem insgesamt hohen Niveau. Das artikuliert diffuse Gefühl lässt sich insofern als abstrakte Bedrohung des akuten Status quo interpretieren.

Die geäußerten Vorstellungen von einem „guten Leben“ lassen in der Folge einen Rückzug ins Private als Reaktion auf gesellschaftliche Verunsicherung deutlich erkennen. Gesundheit, Familie, Freundschaft, privates Glück sowie materielle Absicherung sind beinahe durchgängig geäußerte Wunschvorstellungen.

Vielfach zeigt sich eine durchaus noch vorhandene Zufriedenheit mit den aktuellen Lebensumständen. Der Kontrast zur diffusen Unsicherheit und zu pessimistischen Zukunftserwartungen fällt vor dieser Hintergrundfolie umso deutlicher ins Auge.

Zwischen Ohnmachtserwartung und Allmachtsphantasien: Erwartungen an die Politik

Die Wahrnehmung diffuser Unsicherheit führt wiederum zu klar sicherheitsorientierten Erwartungen an die Politik. Zentrale Hoffnungen sind die auf stärkere politische Führung, klare inhaltliche Orientierung und Unterscheidbarkeit, verbesserte Durchsetzungs- und Entscheidungsfähigkeit sowie langfristige Visionen als Leitschnur politischen Handelns. Zugleich sollen Politiker_innen wertbildend und vorbildgebend agieren. Die aktuelle Bestandsaufnahme fällt vor diesem Erwartungshintergrund ernüchternd aus. Bemängelt werden eine fehlende Orientierung am Gemeinwohl und eine vorherrschende Politik für Besserverdienende und im Sinne bestimmter Partikularinteressen. Angesichts zunehmender Komplexität gelte es aber, die Probleme der „normalen Menschen“ in den Blick zu nehmen und diesen Personen Sicherheit zu vermitteln. Dabei müsse die Suche nach Problemlösungen und weniger deren Beschreibung als Richtschnur dienen. In diesem Sinne wird auch eine mangelnde Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Politik beklagt. Insbesondere sollte es die Aufgabe der Politik sein, für Leistungsgerechtigkeit, einen Ausgleich zwischen Arm und Reich und echte Chancengleichheit zu sorgen. Zugleich sehen einige hierin auch geeignete Instrumente, um rechten Parteien klare Grenzen aufzuzeigen.

Die Ambiguität dieser Erwartungen wird deutlich, wenn man diese mit den Einschätzungen zum Status quo vergleicht: Die wahrgenommene Ohnmacht politischer Akteur_innen und politischer Entscheidungsstrukturen stößt auf den Wunsch nach durchsetzungsstarken und gestaltungsaffinen Visionär_innen.

Sicherheit, Verlässlichkeit, Regelmäßigkeit, Daseinsvorsorge: Politikfeldbezogene Erwartungen

In einer politikfeldübergreifenden Betrachtung kristallisieren sich einige Grundvorstellungen heraus: Von umfassender Bedeutung ist erstens der Ruf nach verbindlichen Regeln und ihrer konsequenten Anwendung und nach der Herstellung von langfristiger Erwartungssicherheit. Ebenso bedeutsam ist zweitens der Wunsch nach materieller Daseinsvorsorge und der Rückgewinnung politischer Kontrolle. Hinzu kommt drittens die Forderung nach einer grundsätzlichen Neuallokation vorhandener Mittel. Die Politik investiere zu stark in die falschen Probleme und müsse sich stattdessen insbesondere auf die Bildungs-, Infrastruktur- und Klimaschutzpolitik sowie auf Fragen der Inneren Sicherheit konzentrieren.

Innere Sicherheit: Inhaltliche Kopplung mit Zuwanderung und Integration

Auffällig ist, dass dem Thema Innere Sicherheit von den Teilnehmenden große Bedeutung beigemessen wird. Gleichwohl zeigt sich als Ausgangspunkt der Diskussionen in allen Fokusgruppen eine ambivalente und uneinheitliche Situationsbeschreibung: Während die einen eine zunehmende Bedrohungswahrnehmung artikulieren, weisen andere auf einen faktischen Rückgang der Kriminalität und eine mediale Überbetonung sowie eine Tendenz zur Skandalisierung dieses Problemfeldes hin. Im Zuge der Gruppendiskussionen zeigt sich dann eine starke thematische Kopplung: Kriminalität wird beinahe durchgängig im Zusammenhang mit Zuwanderung und

integrationspolitischen Fragen diskutiert. Auf abstrakter Ebene zeigt sich hier eine politikfeldbezogene Übersetzung des Deutungsmusters, Regeln würden nicht hinreichend respektiert und konsequent durchgesetzt. Hinsichtlich der hieraus abgeleiteten politischen Forderungen ergibt sich wiederum ein heterogenes Bild. Der Forderung nach einer personellen Aufstockung und einer allgemeinen Stärkung der Polizei steht die Sorge vor einer zu starken Aufwertung der Kriminalitätszahlen entgegen. Einig ist man sich jedoch in der Unterstützung eines konsequenten polizeilichen Vorgehens gegen die organisierte sowie gegen Clan- und Rockerkriminalität. Strittig wiederum ist die Einschätzung zur Notwendigkeit gesetzlicher Veränderungen. Während einige dies vehement im Sinne von Strafrechtsverschärfungen fordern, verweisen andere auf die Notwendigkeit einer konsequenten Anwendung der bestehenden Rechtslage. Implizit wird deutlich, dass der jeweils aktuelle politische und medial beleuchtete Kontext starken Einfluss auf die diskutierten Themenfelder in den Gruppendiskussionen nimmt.¹ Die thematische Kopplung von Innerer Sicherheit und Zuwanderung lässt die Debatten hierzu auch immer wieder auf andere Politikfelder ausgreifen und hebt den zentralen Stellenwert des Themas Sicherheit in allen diskutierten Politikbereichen hervor.

Klimapolitik: Abstrakte Unsicherheit, alltagspraktische Übersetzung

Ähnlich wie das Themenfeld Innere Sicherheit nimmt auch die Klimapolitik eine prominente Rolle in den Fokusgruppengesprächen ein. Die große Mehrheit der Diskussionsteilnehmenden verweist auf die besondere Besorgnis, die dieses Thema bei ihnen hervorruft. Gleichwohl weisen Einzelne auch darauf hin, dass diesem Thema gesamtgesellschaftlich zu starke Bedeutung beigemessen werde. Zugleich eröffnet die Debatte in den Fokusgruppen zwei unterschiedliche Deutungsrichtungen: Einerseits verbindet sich das Themenfeld mit allgemeinen Zukunftsorgen – insbesondere mit Blick auf nachkommende Generationen. Im Sinne latenter Unsicherheit wird hier auf die fachliche und politische Komplexität sowie das damit verbundene Potenzial prekärer Zukunftserwartungen verwiesen. Andererseits driften die Diskussionen vergleichsweise schnell zu alltagspraktischen Aspekten des Themas ab. Folglich stehen dann Dieselahrverbote, die Vermeidung von Plastiktüten sowie das individuelle Mobilitätsverhalten im Zentrum der Diskussionen. Ähnlich zwiespältig sind daher auch die Einschätzungen zu aktuellen klimapolitischen Entscheidungen (bspw. dem Klimaschutzpaket der Bundesregierung): Bemängelt werden einerseits zu wenig weitreichende Schritte, auf der anderen Seite fürchtet man die negativen finanziellen Auswirkungen der aktuell beschlossenen Maßnahmen. So zeigt sich insgesamt eine starke „Individualisierung“ dieses Politikfeldes: Klimapolitik wird vorrangig im Sinne individueller Verhaltensänderungen diskutiert (Konsum- und Mobilitätsverhalten, Plastikvermeidung, Dienstwagennutzung etc.). Eine klare Linie mit Blick auf fundamentale politische Pfadveränderungen wird hingegen nicht erkennbar. Vielmehr verfestigt sich der Eindruck, dass soziale Erwünschtheit und aktuelle Aufmerksamkeitskonjunkturen stark auf den Diskussionsverlauf einwirken. Dennoch finden konkrete politische Forderungen Eingang in die Diskussion: Ein Tempolimit, die Forderung nach autofreien Innenstädten, verstärkte Bildungsanstrengungen zu diesem Thema, eine Stärkung des ÖPNV sowie eine soziale Steuerungskomponente von Klimaschutzmaßnahmen werden thematisiert.

¹ Immer wieder wurde im Zuge der Gruppendiskussionen explizit Bezug auf tagesaktuelle Ereignisse genommen.

Bildungspolitik: Fehlende Stringenz und mangelhafte Ressourcenausstattung

In Bezug auf die Bildungspolitik steht die mangelhafte Ressourcenausstattung von Schulen und Bildungseinrichtungen an erster Stelle der Mängelliste, die die Teilnehmenden in ihren Gruppendiskussionen aufstellen. Dabei werden sowohl Defizite der schulischen Infrastruktur als auch bei der Versorgung mit Lehrkräften moniert. Neben dem beklagenswerten Zustand vieler Schulgebäude spielt die rückständige Digitalisierung der Schulen in den Gruppendiskussionen eine zentrale Rolle. Unterrichtsausfall und eine nicht hinreichende Personalausstattung kommen hinzu.

In einem diese Einzelaspekte überwölbenden Deutungsangebot werden die Auswirkungen sozialer Ungleichheit in der Bildungspolitik beklagt. Der Bildungserfolg sei stark vom Geldbeutel der Eltern sowie vom Stadtteil, in dem Kinder zur Schule gingen, abhängig. Verstärkt würden diese Ungleichheiten durch die schulische Inklusion sowie hohe Anteile von Schüler_innen mit Migrationshintergrund. Angesichts des Personalmangels sei eine bessere individuelle Förderung illusorisch. Darüber hinaus fehle es an Stringenz und langfristiger Planung, immer neue Konzepte und Experimente erschwerten ein bildungspolitisches Gesamtkonzept. Echte schulische Chancengleichheit sei so nicht gewährleistet, regionale, kulturelle und soziale Herkunft der Kinder hätten leider einen erkennbaren Einfluss auf die Bildungschancen.

Schließlich kommen zusätzliche praktische Forderungen an die Politik zum Tragen. Dazu gehört beispielsweise ein qualitativ und quantitativ verbessertes Angebot für die Nachmittagsbetreuung und die Ferienzeiten. Zum Teil wird auch der Ruf nach grundsätzlich kostenloser Ausbildung und Betreuung von Kindern laut. Allerdings spielt diese Forderung im schulischen Zusammenhang bei den Diskutant_innen der Fokusgruppen keine so prominente Rolle, wie das bei der Betreuung von Kleinkindern und als familienpolitische Forderung der Fall ist.

Familienpolitik: Hohe Kosten, bessere Förderung notwendig

Die allgemeine Sorge um die Zukunft der Kinder speist die familienpolitischen Einschätzungen und Forderungen der Teilnehmenden. Beklagt werden durchgängig die insgesamt hohen Kosten für Familien in diesem Bereich. Insbesondere die Höhe und die regionalen Differenzen bei den Kindergartenbeiträgen und den Kosten für die schulische Nachmittagsbetreuung ziehen Kritik nach sich. Aber auch der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern wird thematisiert, zumal nur mit qualifiziertem Personal eine entsprechende Förderung möglich sei. Zudem gelte es, insbesondere Alleinerziehende stärker zu unterstützen.

Arbeitsmarktpolitik: Fehlende Leistungsgerechtigkeit im Niedriglohnland

Trotz des langanhaltenden wirtschaftlichen Booms der vergangenen Jahre herrscht in der Debatte der Teilnehmenden Einigkeit: Deutschland sei zum Niedriglohnland geworden, in dem Zeitarbeit den Niedriglohnsektor verfestige und von Leistungsgerechtigkeit keine Rede sein könne. Das Aufstocken von Löhnen durch Sozialleistungen sei unwürdig und insbesondere die Löhne in gesellschaftlich wichtigen Bereichen wie Pflege-, Sozial- und Gesundheitsdienst seien viel zu niedrig. Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse trage so zu einem verbreiteten Gefühl der beruflichen Unsicherheit bei. Dieses werde durch die Digitalisierung noch verstärkt und betreffe auch besser

(aus)gebildete Menschen, deren Planungssicherheit und Karrierechancen abnehmen. Für „Normalverdienende“ herrsche zudem im Vergleich mit Besserverdienenden keine Steuergerechtigkeit. Aber auch die Erwartung einer Abgrenzung der Mittelschicht im sozialen Gefüge nach unten tritt deutlich zutage. So lohne sich Arbeit teilweise nicht mehr, weil die Differenz zum Bezug von Sozialleistungen nicht hinreichend sei. Diese Situationsbeschreibungen führen zu klaren Erwartungen an die Politik: Diese müsse dafür sorgen, dass man von seiner Arbeit gut leben und eine ordentliche Rente beziehen könne. Hierzu sei insbesondere der Mindestlohn stark zu erhöhen, auch um das Lohnabstandsgebot zu beachten. Zudem müsse mit Blick auf Löhne und Gehälter Geschlechtergerechtigkeit hergestellt werden.

Infrastruktur und Wohnen: Lange Mängelliste

Hinsichtlich der öffentlichen Infrastruktur ist die von den Diskussionsteilnehmenden aufgestellte Mängelliste lang: Der ÖPNV sei in einem schlechten Zustand und decke die Bedarfe nicht. Das Gleiche gelte auch für die Straßen in NRW. Für Fahrradfahrer_innen und für eine nachhaltige Mobilitätswende werde zu wenig getan. Hier habe so lange Stillstand geherrscht, dass kaum kurzfristige Abhilfe zu erwarten sei. Die in der Schulpolitik beklagten Mängel der Digitalisierung seien ein Ausweis dieser Infrastrukturdefizite.

Was die Wohnungspolitik angeht, offenbart sich ein weniger homogenes Bild. Vielmehr zeigen sich hier regionale Abweichungen. Einigkeit besteht zwar in der Einschätzung, die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt sei insgesamt beängstigend. Insbesondere mit Blick auf Familien mit Kindern und gerechte und beste Lebensbedingungen für alle Kinder wird die Preisentwicklung bei Mieten und Wohneigentum mit Sorge gesehen. Die daraus abgeleiteten Erwartungen an die Politik sind jedoch vielfältig. Die Forderungen reichen von der Rekommunalisierung von Wohnungen über eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus bis hin zu einer Ausweisung neuer Wohngebiete und einer Ankurbelung der Bautätigkeit. Hinzu kommt der Ruf nach einer Beachtung sozialer Aspekte: So sei auch eine Förderung bezahlbaren Wohnraums für die Mittelschicht erforderlich und auf eine soziale Mischung in Wohn- und Stadtvierteln achtzugeben. Die Mietpreisbremse müsse mit mehr Druck durchgesetzt, Schlupfwinkel müssten geschlossen und es müsse gegen Leerstand und Immobilienspekulation vorgegangen werden.

Und jetzt? Konsequenzen und Perspektiven für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Grundsätzliche Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurden in allen Fokusgruppengesprächen explizit diskutiert. Durchgängig erkennbar war die Einschätzung, Solidarität, Gemeinsinn, Zusammenhalt und Respekt nähmen auf gesellschaftlicher Ebene ab. Als Treiber für diese Entwicklung wurden dabei unterschiedliche Faktoren ausgemacht: Erstens hätten die sozialen Medien einen negativen Einfluss auf die Gesellschaft. Hinzu komme zweitens der spalterische Einfluss der AfD mit den von ihr beförderten Ausgrenzungs- und Polarisierungsmechanismen. Aber auch ein nur schwach ausgeprägtes Miteinander zwischen Deutschen und Zugewanderten wurde drittens als Einflussgröße benannt.

Diesem allgemeinen Befund steht die Einschätzung weiterhin gelebter Solidarität im Kleinen – im Freundeskreis und in der Familie – gegenüber. Angesichts einer fortwährend starken

Wertschätzung solidarischer Werte leitete sich vielfach die politische Forderung ab, konkrete Maßnahmen zu ihrer Stärkung zu ergreifen.

Angesichts der Coronapandemie und der noch andauernden Bearbeitung all ihrer Konsequenzen und Nebenfolgen ist davon auszugehen, dass insbesondere die Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts gänzlich neu und verändert diskutiert werden dürften. Für diesen Diskurs und Dialog ist politische Bildung wichtiger denn je. Hinsichtlich der Entscheidungsfähigkeit, der Krisenfestigkeit sowie der klaren Orientierung an (gesundheitlicher) Sicherheit haben die politischen Entscheidungen der vergangenen Wochen und Monate neue Akzente und Maßstäbe gesetzt. Gleichwohl wird der Stellenwert von Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt in den kommenden Wochen und Monaten immer wieder neu und sicher auch kontrovers diskutiert werden. Es ist folglich abzuwarten, ob die Pandemie der Treiber für neu erwachende Solidarität und eine neue Form des Miteinanders wird oder ob neue Spaltungen vorangetrieben und diffuse Unsicherheitsgefühle in konkrete Krisen münden werden.

LITERATUR:

Barbour, Rosaline S. (2007): Doing Focus Groups (The Sage Qualitative Research Kit). London u.a.

Flick, Uwe (2014): Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 411–423.

Froschauer, Ulrike; Lueger, Manfred (2020): Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme. Wien.

Krueger, Richard A.; Casey, Mary Anne (2009): Focus groups. A practical guide for applied research. Los Angeles.

Schulz, Marlen; Mack, Birgit; Renn, Ortwin (2012): Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung. Wiesbaden.

In der Reihe „Weiterdenken“ sind bereits erschienen:

- C. Krell: Aufstieg ist möglich! – Ist Aufstieg möglich? 2019/1.
- B. Küpper: Einwanderungspolitik für die pragmatische Mitte. 2019/2.
- A. Karačić: Sozialer Fortschritt durch technische Innovation? 2019/3.
- S. Rammner, I. Kollasche, A. Breitzkreuz: Mobilität für alle. 2019/4.
- F. Decker: Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr. 2019/5.
- G. Bellenberg: Gleiche Bildungschancen für alle! 2020/1.

Abrufbar unter: www.fes.de/landesbuero-nrw

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | **Herausgeber:** Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | ISBN: 978-3-96250-628-5 | **Gestaltung:** pellens.de | **Druck:** Druckerei Brandt, Bonn | **Fotos:** FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

